

Da dieser Artikel leider nicht Online unter www.echo-online.de verfügbar ist habe ich ihn aus der Originalausgabe abgeschrieben:

Darmstädter Echo, 20.01.2006; Regionalteil Darmstadt-Dieburg

Reinheim gibt kein Geld für die Weiche

Güterverkehr - Parlament lehnt Antrag der DKP-Fraktion ab, sich an Kosten zu beteiligen

REINHEIM. Die Stadt Reinheim wird sich nicht an den Kosten für einen Anschlussvertrag mit der Deutschen Bahn beteiligen, mit dem der Fortbestand der Güterverkehrsweiche vom Bahnhof Reinheim zur Bahnstrecke nach Groß-Bieberau gesichert werden soll. Das Parlament lehnte in seiner jüngsten Sitzung mit breiter Mehrheit einen Antrag der DKP-Fraktion ab, in dem die Zahlung eines *jährlichen Zuschusses in Höhe von 1650 Euro* gefordert worden war.

Der DKP-Stadtverordnete Arno Grieger hatte in seiner Antragsbegründung unter anderem daran erinnert, dass Vertreter der Stadt sogar mit Unterschriftenlisten bei der DB Netz vorstellig geworden seien um den Güterverkehr in Reinheim zu sichern. *(Anm. Es ging damals um die Auflassung der Gvst im Zuge von MORA-C und man wurde bei DB Cargo vorstellig)* "Den Nutzen haben alleine die Stadt Groß-Bieberau und die OHI, wenn die Anschlussweiche erhalten wird. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt Reinheim ist daher nicht notwendig", entgegnete Felix Schäfer (SPD).

Auch Union und Grüne sahen keinen Handlungsbedarf, da durch einen Vertrag zwischen der Bahn auf der einen Seite, der Stadt Groß-Bieberau, der OHI als Betreiberin der Eisenbahnlinie und der Dadina auf der anderen Seite die Finanzierung dieses Infrastruktur-Anschlussvertrags gesichert sei. Klaus Schäfer, der für die FDP einen eigenen Antrag eingebracht und diesen nach Ablehnung im Ausschuss wieder zurückgezogen hatte, bedauerte dies.

Die FDP hätte gerne den Magistrat beauftragt, mit der DB Netz abzuklären, wie bei einer Weideraufnahme des Güterverkehrs aus Groß-Bieberau der Schienenverkehr in Reinheim abgewickelt werden soll, wenn nach dem Umbau des Bahnübergangs nur noch zwei Gleise zur Verfügung stehen. Schäfer: "Reinheim selbst wieder als Verladestation zu reanimieren, ist damit zu den Akten gelegt, weil offenbar nicht erwünscht.

Dazu sagte der SPD-Abgeordnete Thomas Knöll: Das stimmt. Das ist so lange nicht erwünscht bis wir eine Umgehungsstraße haben. Denn sonst würde durch den Güterverkehr die Schranke noch öfter geschlossen und wir hätten mit noch mehr Staus in der Ortsdurchfahrt zu kämpfen". pbs

Inverse Texte wurden von mir als Anmerkung bzw. zur Hervorhebung des Ursprungstext eingefügt.